

Herrn Bundesrat
Hans-Rudolf Merz
Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements
Bernhof
3003 Bern

Bern, Ende November 2005

Vernehmlassung zu den Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung Stellung zu nehmen, und unterbreite Ihnen folgende Bemerkungen:

1. Rückblick

Travail.Suisse hat im Jahr 2004 das Referendum gegen das Steuerpaket unterstützt. Insbesondere war Travail.Suisse gegen die Reform der Familienbesteuerung. Diese bevorzugte vor allem Haushalte mit einem Einkommen ab 150'000 Franken. Familien mit Kindern mit mittlerem und tiefen Einkommen kamen nicht oder kaum in den Genuss von Steuerentlastungen. Die Reform der Familienbesteuerung hätten für den Bund einen Einnahmenverlust von rund 1.4 Milliarden Franken bedeutet. Dies in einer Zeit der grössten Sparprogramme, die der Bund jemals gesehen hat. Das Stimmvolk hat diese Widersprüche und Ungerechtigkeiten erkannt und im Mai 2004 das Steuerpaket abgelehnt.

2. Zu den Sofortmassnahmen in der Ehepaarbesteuerung

Heute legt der Bundesrat in Form der „Sofortmassnahmen bei der Ehepaarbesteuerung“ eine abgespeckte Variante vor. Der Kostenpunkt der Vorlage beläuft sich auf 750 Millionen Franken pro Jahr, begünstigt werden durch die Sofortmassnahmen vor allem Zweiverdienerhepaare.

Travail.Suisse anerkennt den bestehenden Missstand der steuerlichen Diskriminierung der Zweiverdienerhepaare gegenüber den gleichsituierten Konkubinatspaaren. Jedoch ist für uns die vorliegende Vorlage zum aktuellen Zeitpunkt weder dringlich noch zweckdienlich. Dies aus folgenden Gründen:

2.1 Schaffung von anderen Ungerechtigkeiten

Die Sofortmassnahme hat zum Ziel, die Heiratsstrafe zu mildern. Dies soll durch eine Heraufsetzung des Zweitverdienerabzugs auf 55'000 Franken geschehen. Die Massnahme beseitigt nur einseitig die steuerliche Diskriminierung von Zweiverdienerhepaaren, schafft aber neue Ungerechtigkeiten.

Die Heiratsstrafe wird umgewandelt in eine Konkubinatsstrafe:

Konkubinatspaare mit einem Einkommen unter 80'000 Franken bezahlen schon heute mehr direkte Bundessteuern als Ehepaare. Mit der geplanten Änderung verstärkt sich diese Differenz nochmals. Die Steuerbelastung der Konkubinatspaare würde über alle Einkommenskategorien hinweg höher ausfallen als die Steuerbelastung der Ehepaare.

Es findet eine Verschiebung zu Lasten der Alleinstehenden statt:

Die Belastung der Alleinstehenden wird erhöht. Ein Drittel der Steuerausfälle (250 Millionen Franken), die durch die Entlastung der Zweiverdienerhepaare entstehen, sollen durch eine Steuererhöhung bei den Alleinstehenden wieder hereingeholt werden.

Einverdienerhepaare werden indirekt schlechter gestellt:

Die traditionellen Einverdienerhepaare sind von der Reform nicht betroffen. Ihre Steuerbelastung bleibt unverändert. Indem aber der maximale Abzug des Zweitverdienerabkommens von 7'600 auf 55'000 Franken erhöht wird, werden sie indirekt gegenüber den Zweiverdienerhepaaren schlechter gestellt.

Ehepaare mit tiefem Einkommen profitieren nichts:

Die Heiratsstrafe ist vor allem für Einkommen ab 200'000 Franken spürbar. Die Ehepaare mit niedrigerem Einkommen bezahlen entweder überhaupt keine oder wenig direkte Bundessteuern. Für sie fällt die Steuerentlastung durch die Sofortmassnahmen kaum ins Gewicht.

Familien mit Kindern sind explizit von vorliegender Vorlage ausgeschlossen:

Nicht Gegenstand der Vorlage sind Familien mit Kindern. Viel dringender als die steuerliche Entlastung von Zweiverdienerhepaaren mit hohem Einkommen erachtet Travail.Suisse die Entlastung von Familien mit Kindern. Die 750 Millionen Franken, welche die Sofortmassnahmen jährlich kosten, sind für echte familienpolitische Anliegen, wie beispielsweise die Erhöhung von Kinderzulagen, einzusetzen.

2.2 Einnahmenverlust für den Bundeshaushalt nicht verkraftbar

Seit dem Jahr 2003 hat der Bund zwei Sparpakete in der Höhe von insgesamt 5 Milliarden Franken geschnürt. In den letzten drei Jahren wurden Beschlüsse gefasst, welche das Bundesbudget um rund 10 Prozent kürzen. Bis ins Jahr 2011 werden beim Bund 5000 Stellen abgebaut. Die bürgerlichen Kreise sind zum aktuellen Zeitpunkt daran, weitere Sparmassnahmen in der Höhe von nochmals ½ Milliarde Franken aufzugleisen. Studien haben gezeigt, dass sich die rigorosen Sparpakete negativ auf die BIP-Wachstumsraten und den schweizerischen Arbeitsmarkt auswirken.

Die zur Diskussion stehenden Sofortmassnahmen in der Ehepaarbesteuerung verursachen Einnahmenausfälle von rund einer halben Milliarde Franken, dies bereits ab dem Jahr 2007. Für Travail.Suisse steht fest, dass die Zitrone nicht noch weiter ausgepresst werden kann und der Bundeshaushalt nicht noch weiter zusammengespart werden darf. Die negativen Effekte auf Wachstum und Beschäftigung würden sich nochmals verschärfen.

2.3 Sofortmassnahmen führen zu falschem Vorspuren beim Familienbesteuerungsmodell

Mit der Etappierung wird die Diskussion zerstückelt und gleichzeitig die Wahl des Familienbesteuerungsmodells (Splitting- oder Individualbesteuerung) beeinflusst. Mit der Vorlage wird das Teilsplitting bereits favorisiert und die Individualbesteuerung auf die lange Bank geschoben. Travail.Suisse ist gegen das Etappenvorgehen und will das Modell der Individualbesteuerung gleichberechtigt prüfen und diskutieren.

3. Ausblick: Modell der Individualbesteuerung ist zu prüfen

Bisher hat die Schweiz ein Steuersystem, das zivilstandsabhängig ist. Ehepaare werden als wirtschaftliche Einheit angesehen und gemeinsam veranlagt. Bei der Individualbesteuerung würde neu jede Person einzeln besteuert, unabhängig ihres Zivilstandes. Die verschiedenen Formen des Zusammenlebens und die über einen Lebenslauf vorkommenden Veränderungen werden damit berücksichtigt. Dies entspricht der heutigen gesellschaftlichen Realität viel mehr. Die Individualbesteuerung muss folgenden Grundsätzen gerecht werden:

Paare mit Kindern sollen weniger Steuern bezahlen als Paare ohne Kinder:

Paare mit Kindern müssen eine Gutschrift erhalten.

Ein Einverdienerpaar soll weniger Steuern bezahlen als ein Alleinstehender:

Ein Mann verdient 70'000 Franken. Lebt er zusammen mit seiner Frau, die keiner Erwerbsarbeit nachgeht, kommt er mit seinem Einkommen für zwei Personen auf. Er muss auf seinem steuerbaren Betrag eine Gutschrift erhalten.

Paare mit gleich hohem gemeinsamen Einkommen sollen die gleiche Steuerlast haben:

Verdient der Mann in einem Zweiverdienerhaushalt 60'000 und die Frau 20'000 Franken, kommt der Mann in eine höhere Progression. Dies bedeutet, dass das Paar mehr Steuern bezahlen muss, als wenn beide je 40'000 Franken verdienen würden. Dieser Ungleichbehandlung müsste mit einer Steuergutschrift Rechnung getragen werden.

Die Einführung der Individualbesteuerung würde eine völlige Umstellung des Systems der Einkommensbesteuerung bedeuten. Es ist klar, dass diese daher gleichzeitig auf Bundes- und Kantonebene einzuführen wäre.

4. Zusammenfassung

Die vorliegenden Sofortmassnahmen bei der Ehepaarbesteuerung sind für Travail.Suisse zum aktuellen Zeitpunkt weder dringlich noch zweckdienlich. Wir lehnen sie aus folgenden Gründen ab:

1. Die Vorlage beseitigt die Heiratsstrafe für Ehepaare, schafft aber neue steuerliche Ungerechtigkeiten für Konkubinaatspaare und Alleinstehende. Familien mit Kindern sind nicht Gegenstand der Vorlage, obwohl dringender Handlungsbedarf zur Entlastung der Familien mit Kindern besteht.
2. Aus finanzpolitischer Sicht ist ein weiterer Einnahmenverlust und Sparauftrag von 500 Millionen Franken für den Bundeshaushalt nicht verkraftbar.
3. Die Etappierung der Revision der Familienbesteuerung ist nicht erwünscht, da es die Wahl des Familienbesteuerungsmodells in Richtung Splittingbesteuerung vorspart.
4. Travail.Suisse will eine gleichberechtigte Prüfung des Modells Individualbesteuerung.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme, und hoffen, dass Sie unseren Bemerkungen Rechnung tragen werden.

Mit freundlichen Grüssen

Travail.Suisse

NR Hugo Fasel
Präsident

Susanne Blank
Leiterin Wirtschaftspolitik